03 / 2012 www.sabine-baetzing.de 03.02.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
endlich mal wieder Wahlkreiswoche und die war gespickt mit interessanten Terminen und tollen Begegnungen! Eine wunderbare Abwechslung zu dem Dauerzoff der schwarz-gelben Regierung in Berlin!
Am Montag habe ich zum ersten Mal das "Ehrenamt des Monats" verliehen! Preisträger war Eddi Eisenmann aus Roßbach, der sich in besonderer Weise für die „Vortour der Hoffnung“ einsetzt! Mit einer Urkunde und einem Blumenstrauß habe ich in einer kleinen Feierstunde sein Engagement gewürdigt! Ab sofort verleihe ich diese Auszeichnung jeden Monat. Wenn ihr Menschen kennt, die auch so eine Ehrung verdient habt, schickt uns eine kurze Mail an sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de
Ich freue mich auf eure Nominierungen :)
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Dierdorf
Hauptstraße 9
56269 Dierdorf

Telefon: (0 26 89) 92 99 20
Fax: (0 26 89) 92 99 21
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Europa – Gemeinsam sparen und gemeinsam wachsen!

In ganz Europa bestehen gegenüber dem Entwurf des Fiskalpaktes erhebliche Vorbehalte. So hat das Europäische Parlament in der vergangene Woche mit einer Mehrheit von 75 Prozent unter Zustimmung von Christdemokraten, Liberalen, Grünen und Sozialdemokraten festgestellt, dass

- es "bezweifelt, dass ein solches zwischenstaatliches Abkommen notwendig ist, da die meisten der darin genannten zentralen Ziele besser und wirksamer durch Maßnahmen im Rahmen des EU-Rechts verwirklicht werden können(…);"
- "sich die Währungsunion nur durch Anwendung der Gemeinschaftsmethode zu einer echten Wirtschafts- und Steuerunion entwickeln kann;"
- "in dem Abkommen neben Vorschlägen zu einem Tilgungsfonds, zu projektspezifischen Anleihen, zu einer im EU-Recht verankerten Finanztransaktionssteuer und, bei gleichzeitiger Gewährleistung der Haushaltsdisziplin, einem Fahrplan für Stabilitätsanleihen ("Eurobonds") die Verpflichtung der Vertragsparteien vorgesehen sein muss, Maßnahmen zur Förderung von mehr Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit zu treffen."

Wir unterstützen diese Forderungen. Union und FDP schweigen dazu, lehnen einige Punkte ab und zeigen sich gegenüber ihren deutschen Parteifreunden im Europäischen Parlament zerstritten. Es wird Zeit, dass die Bundesregierung den Schulterschluss mit den europäischen Partnern sucht und so eine weitere Eskalation der Krise verhindert.
Eine ausschließlich auf Sparen ausgerichtete Politik führt in die Sackgasse. Haushaltsdisziplin ist zwar die Voraussetzung für ein tragfähiges Wachstum, sie allein wird aber weder die Schuldenlast nachhaltig reduzieren, noch einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen.
Zwingend notwendig sind wachstumsfördernde Impulse. Vertrauen und Stabilität im Euro-Währungsgebiet sowie die volle Handlungsfähigkeit der Europäischen Union lassen sich mit der bisherigen Politik nur schwer wieder herstellen.

Familie

Kinderarmut – Pragmatische Lösungen sind gefragt!

Es ist gut, dass die Zahl der armen Kinder gesunken ist. Die Zahlen geben jedoch keinen Anlass, innezuhalten und untätig zu sein. Gerade die nach wie vor hohen Armutsquoten von Alleinerziehenden sind alarmierend. Ebenso besorgniserregend sind die Bedingungen für Menschen im Niedriglohnsektor.
Hier kumulieren schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne zu enormen Belastungen für die betroffenen Familien.

Wir haben hier pragmatische und wirkungsvolle Lösungen präsentiert: Die Vorschläge für das Neue Kindergeld würden Menschen mit niedrigen Erwerbseinkommen helfen. Es sieht ein erhöhtes Kindergeld von bis zu 324 Euro speziell für jene vor, die durch ihr Erwerbseinkommen gerade genug für sich selbst verdienen, nicht aber für ihre Kinder.
Gemeinsam mit einem gesetzlichen Mindestlohn könnte das Neue Kindergeld Hunderttausende von Kindern aus Armut befreien.
Um den Kitaausbau zu forcieren, schlagen wir zusätzliche Bundesmittel, einen Krippengipfel und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung zunächst für Alleinerziehende vor.

Bundesministerin Schröder müsste nur begreifen und dann zugreifen. Stattdessen schaltet sie auf stur, bleibt untätig und sieht zu, wie die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz scheitert. Bei den Ganztagsschulen sieht es nicht besser aus. Auf dieser Bildungsbaustelle tummelt sich der Bund mit Verweis auf das Kooperationsverbot gar nicht mehr.

Deshalb haben wir einen Antrag zur Aufhebung des Kooperationsverbots in den Bundestag eingebracht, um endlich wieder eine bessere Bildungsfinanzierung durch Bund und Länder zu ermöglichen.

Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Betreuungsgeld – Ein Rüffel aus Brüssel!

Zu Recht rüffelt die EU-Kommission das von der schwarz-gelben Regierungskoalition geplante Betreuungsgeld und warnt vor Fehlanreizen bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Das Betreuungsgeld, das für die Nichtinanspruchnahme einer Kindertageseinrichtung gezahlt werden soll, ist unsinnig. Mit einem Betreuungsgeld wird es nicht gelingen, Kinder besser zu fördern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen. Pro Betreuungsgeld heißt kontra Chancen.

Deshalb bleiben wir bei einem klaren Nein zum Betreuungsgeld. Stattdessen muss die Bundesregierung ihr Engagement verstärken, ein bedarfsdeckendes Angebot an Krippenplätzen auszubauen. Die EU-Kommission hat auch festgestellt, dass Deutschland hier noch großen Nachholbedarf hat.

Arbeit & Soziales

Langzeitarbeitslosigkeit – Die guten Zahlen täuschen!

Die Zahlen sind gut, aber zeigen nur einen Teil der Wahrheit. Wer erst vor kurzem arbeitslos geworden ist, findet schnell einen neuen Job. Langzeitarbeitslose profitieren jedoch kaum von der guten Lage. Das deutsche Jobwunder findet seit zwei Jahren fast ohne sie statt.

Bundesministerin von der Leyen muss endlich auch perspektivische Lösungen finden, statt sich nur an den kurzfristigen Erfolgen zu freuen.

- Wie gehen wir um mit dem bestehenden Fachkräftemangel in verschiedenen Branchen und Regionen?
- Wie soll es gelingen, Langzeitarbeitslose besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren?
- Wie können wir diejenigen fördern, die heute als schlecht ausgebildet gelten?

Deutschland braucht eine Kultur der zweiten Chance, die auch den Abgehängten neue Möglichkeiten bietet, einen Schulabschluss oder eine Berufsausbildung nachzuholen. Auch brachliegende Talente wollen wir aktivieren. Wir brauchen mehr Chancengleichheit im Bildungssystem und bei der Berufsqualifikation. Wir werden dazu im Februar einen Antrag zur Fachkräftesicherung vorlegen.

Mindestlohn – Geht einfach und für alle durchschaubar!

Die CDU spricht sich weiter gegen einen allgemeinen und fairen Mindestlohn aus. Schon der Begriff Mindestlohn ist falsch gewählt für die CDU-Pläne, die nur für wenige Arbeitnehmer spürbar höhere Löhne bringen werden.

Ein Mindestlohn sollte die Mindestbezahlung für Arbeit regeln, egal, wer diese Arbeit wo in Deutschland erledigt. Das ist einfach und für alle durchschaubar. 8,50 Euro pro Stunde sollte die rote Linie nach unten sein, unter die kein Arbeitgeber gehen darf. Die Union will stattdessen branchen- und regionalspezifische Untergrenzen. Dieser Flickenteppich sorgt nur für Verwirrung. Viele Arbeitnehmer werden auf die ihnen zustehenden Rechte verzichten, weil sie schlicht nicht wissen, welcher Mindestlohn für sie gilt. Es wird möglicherweise Jahre dauern, bis für alle Branchen und Regionen Mindestlöhne ausgehandelt sind.

Auch die Entscheidung der Union, bestehenden Tarifverträgen Vorrang zu geben vor neu ausgehandelten Lohnuntergrenzen ist eine Entscheidung gegen die Idee des Mindestlohns. Wenn ein Tarifvertrag einen Mindestlohn unterbieten kann, ist das eben kein Mindestlohn.

International

Syrien – Russland muss beim Frieden mithelfen!

Die Lage in Syrien spitzt sich von Tag zu Tag zu. Bereits jetzt sind über 6.000 Menschen den Protesten gegen das Assad-Regime zum Opfer gefallen, das zusehends brutaler und rücksichtsloser agiert.

Vielleicht ist der jetzt von Marokko in den VN-Sicherheitsrat eingebrachte arabisch-europäische Antrag die letzte Chance, ein weiteres Abgleiten in einen noch blutigeren Bürgerkrieg abzuwenden.

In dieser Situation kommt Russland eine Schlüsselrolle bei der Überwindung der völlig verfahrenen Situation zu. Assads Weigerung, sich jedem substanziellen Zugeständnis in Richtung Opposition zu verweigern, baute bislang auch auf der Gewissheit, dass von Seiten des VN-Sicherheitsrats aufgrund des angekündigten russischen Vetos keine Gefahr für sein Regime droht.

Doch damit verschlimmert sich die Lage zusehends. Denn die Opposition gibt sich längst nicht mehr mit friedlichem Protest zufrieden, sondern greift verstärkt zu Mitteln des bewaffneten Kampfes.

Es zeichnet sich eine Eskalationsspirale ab, die am Ende Tausende weiterer Menschenleben fordern wird, bis das alte Regime am Ende selbst Opfer eines dann kaum noch zu bändigenden Rachefeldzugs zu werden droht. Der jetzt vorliegende Antrag dürfte die letzte Chance für Assad und seine Anhänger sein, im Rahmen eines Übergangs-prozesses einen gesichtswahrenden Ausweg aus der festgefahrenen Situation zu wählen.

Die Arabische Liga beweist damit erneut, dass sie sich immer mehr zu einem ernst zu nehmenden politischen Akteur entwickelt hat.

Noch spricht nichts dafür, dass Assad sich darauf einlässt. Erst wenn Moskau seine Rolle als Schutzpatron von Damaskus aufgibt und ernsthaft an einer gemeinsamen Resolution des VN-Sicherheitsrats mitwirkt, dürften Assad und seinen Helfern bewusst werden, dass die Zeit des Taktierens endgültig vorbei ist.

Die Einladung an Vertreter der syrischen Regierung und der Opposition zu informellen Gesprächen nach Moskau deutet darauf hin, dass Russland bereit ist, sich stärker als bislang in diesem Konflikt zu engagieren. Doch das allein reicht noch nicht aus.

Nur eine einmütige und klare Resolution des VN-Sicherheitsrats würde zum Ausdruck bringen, dass das Blutvergießen in Syrien keine innere Angelegenheit von Damaskus mehr ist, sondern eine der gesamten Völkergemeinschaft.

Bonbon

„Gregor Gysi ist doch kein Staatsfeind, er ist allenfalls ein Salonbolschewist."

(Thomas Oppermann, SPD)

Termine

06.02.12 – 10.02.12		**Sitzungswoche Berlin**
10.02.12	**16.30 Uhr**	**Blutspende Hamm**
	19.00 Uhr	**Strünzerball Linz**